

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Juli – August 2012

www.kulturrat.de

ISSN 2191-5792 · B 58 662

Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?

Von Olaf Zimmermann

Ob nun der Islam zu Deutschland gehört oder ob die Muslime zu Deutschland gehören, über diese nur auf den ersten Blick semantischen Verschiebungen findet in Deutschland im Kern eine Auseinandersetzung über die Grundlagen unseres Gemeinwesens statt. Spielt Religion in einem weitgehend säkularisierten Gemeinwesen überhaupt noch eine Rolle? Und wenn ja, welchen Stellenwert hat sie? Gibt es Religionen erster Klasse wie das Judentum und das Christentum, Religionen zweiter Klasse wie den Islam und dann die anderen? Und wenn ja, welche Bedeutung haben dann zivilgesellschaftliche Organisationen religiöser Prägung? Gibt es auch hier eine Rangfolge?

Spannende Fragen, die auf den dahinterliegenden Diskurs verweisen, wenn über Muslime und Zivilgesellschaft nachgedacht wird. Muslime und Zivilgesellschaft – diese Fragestellung hat mindestens zwei Dimensionen. Zum einen geht es um das Engagement von Muslimen in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereinen oder Stiftungen abseits von religiösen Fragen. Zum anderen geht es um die Frage der muslimisch geprägten organisierten Zivilgesellschaft, das heißt jene Vereine und Organisationen, die sich aufgrund eines gemeinsamen religiösen Hintergrunds zusammenschließen.

Muslime in zivilgesellschaftlichen Organisationen

Muslime gehören selbstverständlich zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Sie sind Mitglied in einem Sportverein, in einem Chor, in einem Laienorchester, in einer Theatergruppe, einem Kunstverein und vielem anderen mehr. Sie engagieren sich als Bürger für ihre Interessen oder für ihren Stadtteil und sie gestalten ihre Freizeit in Vereinen und Verbänden.

Thomas Klie zeigt in dieser Beilage, dass das zivilgesellschaftliche Engagement der Migranten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich ist. Auch wenn vielfach beklagt wird, dass zu wenige Migranten in Vereinen und Verbänden präsent sind, engagieren sie sich nicht weniger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Zusätzlich muss festgehalten werden, dass weder alle Migranten Muslime sind, sondern ebenso Christen, Juden, Hinduisten, Buddhisten oder einfach keiner Religion angehören. Zum Zweiten sind nicht alle Muslime Migranten, sondern wie Michael Blume in dieser Beilage schreibt, zu einem großen Teil Deutsche und erscheinen daher nicht in den üblichen Statistiken zur Beteiligung von Muslimen in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Und: Hand aufs Herz, macht es einen Unterschied, ob eine deutsche Muslima den ersten Sopran in einem Chor singt oder eine evangelische Christin aus Südkorea? Wird sich der Tenor, der



Foto: JUMA

Muslim ist, von dem Tenor jüdischen Glaubens unterscheiden? Doch sicherlich nicht. Bürgerschaftliches Engagement ist zunächst losgelöst von der Religionszugehörigkeit. Menschen engagieren sich in Vereinen für sich und für andere. Weil das so ist, hat der Deutsche Kulturrat bei seinem Runden Tisch Interkultur, der von 2009 bis Ende 2011 stattfand und sich mit Fragen der interkulturellen Bildung befasst hat, religiöse Fragen weitgehend ausgeklammert. Ziel dieses Runden Tisches war es, zu eruieren, wie eine interkulturelle Öffnung von Organisationen und Institutionen aussehen kann und wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, damit mehr Menschen mit Migrationshintergrund an Angeboten der kulturellen Bildung partizipieren und damit sich die bestehenden Angebote stärker öffnen und interkulturell ausrichten. Religiöse Fragen spielten allenfalls am Rande eine Rolle. Zu vermuten ist, dass die Vertreter der Migrantenorganisationen an diesem Runden Tisch sehr unterschiedliche religiöse Hintergründe hatten, von katholisch über griechisch-orthodox, alevitisch, muslimisch bis hin zu keiner Religionszugehörigkeit. Ebenso ist anzunehmen, dass einige der Teilnehmer längst Deutsche sind, sich aber in Migrantenorganisationen engagieren. Dieser Runde Tisch sollte einen Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen und Kulturverbänden leisten. Ebenso sollte für die interkulturelle Öffnung von Kulturverbänden geworben werden. Mit diesen Anliegen befand sich der Deutsche Kulturrat auf der Höhe der Integrationsdebatte. Es geht um gegenseitige Wertschätzung, um Aufeinanderzugehen und um ein Mehr an Zusammenarbeit.

Muslimische Zivilgesellschaft

Komplizierter wird es, wenn von der muslimisch organisierten Zivilgesellschaft die Rede ist. Selbstverständlich gibt es sie. Es gibt die muslimischen Verbände auf Bundesebene und es gibt Zusammenschlüsse auf der lokalen Ebene. Gerade bei diesen Zusammenschlüssen wird in der öffentlichen Debatte aber sehr oft mit zweierlei Maß gemessen. Zum einen wird vielfach von muslimischen Verbänden erwartet, dass sie sich unmittelbar für Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakte von Muslimen in anderen Ländern entschuldigen. Warum eigentlich, möchte ich provokant fragen? Was haben muslimische Verbände in Deutschland mit Ausschreitungen von Muslimbrüdern gegen Kopten in Ägypten zu tun? Weder gibt es eine institutionelle Verbindung, noch haben deutsche Muslime einen Einfluss darauf, was die Muslimbrüder in Ägypten machen. Es wird ja auch nicht von evangelischen Christen verlangt, dass sie sich von evangelikalen Pfarrern in den USA distanzieren, die den Koran verbrennen wollen. Zum anderen wird muslimischen Verbänden oftmals ein Misstrauen entgegengebracht, ob sie sich verfassungskonform verhalten und was hinter der Moscheetür tatsächlich passiert. Die muslimischen Verbände öffnen daher seit 1997, also in diesem Jahr zum sechzehnten Mal, die Moscheen und laden ein zur Besichtigung, zum Gespräch und zum Kennenlernen. Der Tag der offenen Moschee ist eine Einladung an alle, die sich über den Islam und das religiöse Leben in den muslimischen Gemeinden informieren wollen. An diesem Tag gibt es auch die Gelegenheit, muslimische Kindergärten kennenzulernen oder

aber etwas über muslimische Jugendarbeit zu erfahren. Denn ebenso wie es christliche und jüdische Kindergärten, Jugendgruppen, Jugendfreizeiten usw. gibt, existieren diese auch für muslimische Kinder und Jugendliche. Eltern, die ihre Kinder einem muslimischen Kindergarten anvertrauen, streben ebenso wie Eltern, die einen christlichen oder jüdischen Kindergarten für ihr Kind auswählen, neben der Betreuung und Erziehung auch religiöse Bildung an. Das beginnt bei jüdischen und muslimischen Kindergärten mit der Einhaltung der Speisegebote, reicht über die entsprechenden religiösen Feiern bis hin zur kindgerechten Einführung in den Glauben. Ebenso wie junge Christen und junge Juden sich in Jugendgruppen treffen, gemeinsame Ferienfreizeiten verbringen, entstehen solche Angebote für junge Muslime. Sie sind ein selbstverständlicher Ausdruck des religiösen Lebens und dienen dazu, Gemeinschaft zu stiften, Gemeinschaft, die über das gemeinsame Erleben hinausgeht und den religiösen Bereich einbezieht. Eine konsequente und wie ich finde längst überfällige Fortsetzung dieser Aktivitäten wäre die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands. Aiman Mazyek gibt hierzu in dieser Beilage Auskunft.

Zivilgesellschaft und Gemeinwesen

Gibt es also eine muslimisch organisierte Zivilgesellschaft und brauchen wir sie für unser Gemeinwesen? Dass es eine eigenständige muslimische Zivilgesellschaft gibt, ist unstrittig. Aber

Zu den Bildern

Die Bilder des Dossiers, die von unterschiedlichen Bildautoren stammen, wurden uns freundlicherweise vom Berliner Projekt JUMA zur Verfügung gestellt. JUMA steht für jung, muslimisch, aktiv. Das Projekt wird im Innenteil des Dossiers näher vorgestellt. Jung, muslimisch, aktiv ist genau das, was die Bilder dem Betrachter vor Augen führen. Die Fotos zeigen junge muslimische Männer und Frauen, die sich engagieren, die Fragen stellen, angeregt diskutieren, kurzum, die etwas bewegen möchten.

Infos unter <http://www.juma-projekt.de>

Fortsetzung von Seite 1

Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?

muslimische Zivilgesellschaft gibt, ist unstrittig. Einige Beispiele wurden angerissen, in dieser Beilage werden weitere vorgestellt. Sie sollten ein selbstverständlicher Teil unseres Gemeinwesens werden, so wie es die christlichen und jüdischen Verbände längst sind. Sie bieten religiös gebundenen Menschen ein Forum der Auseinandersetzung über ihren Glauben, des Austausches mit anderen und der religiös gebundenen Standortbestimmung. Die sich in den letzten Jahren verstärkenden Ansätze des

interreligiösen Austausches, die sich vor allem auf die drei sogenannten Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam beziehen, sollten auch als Forum für den Austausch der religiös gebundenen Zivilgesellschaft genutzt werden. Aufgrund der Fokussierung auf den eigenen religiösen Hintergrund stellen sie keine Konkurrenz untereinander, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.

Aber auch die anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten in der Zusammenarbeit mit muslimischen Vereinen und Verbänden ein solches Selbstverständnis entwickeln, wie es mit christlichen und jüdischen Verbänden längst der Fall ist oder aber – und das wäre die Konsequenz einer dauerhaften Ausgrenzung der muslimisch

organisierten Zivilgesellschaft – insgesamt müsste die korporatistische Zusammenarbeit zwischen Staat und religiös geprägter, organisierter Zivilgesellschaft auf den Prüfstand gestellt werden. Doch dies wäre nicht nur töricht, es wäre geradezu dumm, auf die integrative Kraft von Religionsgemeinschaften und die religiös geprägte Zivilgesellschaft in unserem Gemeinwesen zu verzichten.

Gehören nun die Muslime oder der Islam zu Deutschland? Beides, weil beides zusammengehört. Selbstverständlich sind Muslime deutsche Staatsbürger oder leben hier teilweise schon seit Jahren. Sie sind Teil der deutschen Gesellschaft. Und ebenso selbstverständlich gehört auch der Islam zu Deutschland, nicht zuletzt weil Muslime

ihn hier praktizieren und sich eine muslimische Zivilgesellschaft herausbildet. Alle gesellschaftlichen Akteure tun gut daran, die muslimische Zivilgesellschaft nicht als Zivilgesellschaft zweiter Klasse zu behandeln.

Deutschland ist inzwischen durch kulturelle wie durch religiöse Vielfalt geprägt. Diese findet nicht nur in unserem Straßenbild oder in unserem kulturellen Leben seinen Ausdruck, sondern ebenso in einer lebendigen muslimischen Zivilgesellschaft. Diese zu stärken und den Dialog zu vertiefen, ist das Gebot der Stunde.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR ■

Mühsames Ringen um Anerkennung

Muslimische Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland / Von Matthias Kortmann

Für die Zivilgesellschaftsforschung sind muslimische Dachverbände aus zwei Perspektiven interessant. Einerseits handelt es sich bei ihnen zumeist um von Migranten gegründete Organisationen, die sich als Selbstorganisationen der Interessen anderer Einwanderer annehmen. Dementsprechend wird ihnen grundsätzlich das Potenzial zugeschrieben, die Bildung von Sozialkapital bei Migranten voranzutreiben, welches diese befähigt, sich in der Aufnahmegesellschaft erfolgreich zu integrieren. Andererseits handelt es sich um religiöse Organisationen, die – vor allem ihrem Selbstverständnis nach – muslimische Pendanten zu den christlichen Kirchen darstellen. Letztere werden in der Regel – beispielsweise durch José Casanova – ebenfalls der zivilgesellschaftlichen Sphäre zugeordnet, da auch in religiösen Organisationen aktive Teilnahme und demokratisches Bewusstsein gefördert würden.

Auch wenn sich muslimische Vereine und Verbände bereits vor Jahrzehnten in Deutschland gegründet haben, werden sie erst seit dem Beginn dieses Jahrtausends als (potenzielle) Akteure in der Zivilgesellschaft in Deutschland wahrgenommen. Dieses ist einerseits auf den Paradigmenwechsel der deutschen Migrations- und Integrationspolitik zurückzuführen, im Rahmen derer das Dogma vom „Nicht-Einwanderungsland Deutschland“ aufgegeben wurde und Selbstorganisationen von Migranten in der Folge an Legitimation gewannen. Andererseits rückten nicht zuletzt nach dem 11. September 2001 muslimische Einwanderer immer stärker in den Fokus. Vertreter der deutschen Politik, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure wie die Kirchen begaben sich auf die Suche nach möglichst repräsentativen organisierten Ansprechpartnern, die für die Muslime in Deutschland sprechen können. Auch die muslimischen Verbände öffneten sich immer stärker gegenüber Vertretern von Aufnahmestaat und -gesellschaft, um die Anerkennung des Islam in Deutschland voranzutreiben und den interreligiösen Dialog mit den christlichen Kirchen oder der jüdischen Gemeinde zu forcieren. Eine deutliche Aufwertung der Verbände stellte schließlich die Einberufung der Deutschen Islam Konferenz (DIK) im Herbst 2006 durch den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble dar. Neben zehn muslimischen Persönlichkeiten kamen seitdem Vertreter der fünf größten Verbände mit Repräsentanten des deutschen Aufnahmestaates zusammen, um über Themen zu sprechen, die die Integration des Islam und der Muslime in Deutschland betreffen. Zu den beteiligten Verbänden dieser ersten Phase der DIK (2006-2009) gehörten die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) sowie die Alevitische Gemeinde in Deutschland (AABF).

Ungeachtet ihrer inzwischen aufgewerteten Rolle als Gesprächspartner ist die Position der muslimischen Dachverbände jedoch weiterhin mit Problemen behaftet. Eine zentrale Herausforderung stellt für sie der Nachweis ihrer Repräsentativität unter den in Deutschland lebenden Muslimen dar. Alle genannten Verbände definieren ihre Organisationen als Religionsgemeinschaften und möchten als solche dieselbe Anerkennung erfahren, die auch den christlichen Kirchen zuteil wurde. Letztere haben im Rahmen des deutschen Religionsverfassungsrechts eine hervorgehobene Stellung: Nach Artikel 7 des Grundgesetzes sind sie berechtigt, Religionsunterricht an öf-

fentlichen Schulen anzubieten. Artikel 140 GG sieht sogar eine Anerkennung religiöser Organisationen als Körperschaften des Öffentlichen Rechts vor. Dieser Status berechtigt sie, von ihren Mitgliedern eine Kirchensteuer zu verlangen, die durch die staatlichen Finanzbehörden erhoben wird. Darüber hinaus erhalten sie als Körperschaften oftmals Zugang zu staatlicherseits eingerichteten Gremien. Während die alevitische AABF in einigen Bundesländern zumindest als Religionsgemeinschaft nach Artikel 7 GG anerkannt wurde und dort Religionsunterricht an staatlichen Schulen anbietet, sind die Bemühungen der übrigen Dachverbände um eine offizielle Anerkennung bisher gescheitert. Verantwortliche Politiker bemängeln, dass lediglich maximal 30 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime in einem der vier großen islamischen Verbände organisiert sind. Letztere halten sich demgegenüber zugute, 80 Prozent aller Moscheegemeinden in Deutschland und damit die große Mehrheit der die religiös-islamische Infrastruktur nutzenden Muslime zu vertreten.

Eine weitere Schwächung der Verbände resultiert aus Rivalitäten, die zwischen den Organisationen bestehen. Unstimmigkeiten gibt es mitunter vor allem zwischen den türkisch-stämmigen Verbänden, die sich in Deutschland auf der Grundlage islamischer Strömungen gegründet haben, welche bereits im Herkunftsland bestanden. Der wichtigste Gegensatz ist dabei jener zwischen der den Laizismus türkischer Prägung repräsentierenden DITIB, einem Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet, und den anderen sunnitischen Strömungen, die sich gegen eine strikte Trennung von Religion und Staat wenden: die Bewegungen der Süleymançilar (in Deutschland als VIKZ organisiert) und der Milli Görüş. Letztere bildet als Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) die – nach der DITIB – zweitgrößte islamische Organisation und damit

das bei weitem größte Mitglied des Islamrates. Auch wenn sich die vier größten islamischen Verbände DITIB, Islamrat, ZMD und VIKZ 2007 im Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) zusammengefunden haben, bedeutet dies nicht das Ende jeglicher Disparitäten. Aufgrund ihrer Anbindung an den türkischen Staat steht vor allem die DITIB einer strukturellen Vertiefung des KRM, der sich bis heute noch keine Satzung gegeben hat, reserviert gegenüber. Einen weiteren Gegensatz innerhalb der muslimischen Organisationslandschaft bildet jener zwischen den sunnitischen bzw. sunnitisch-schiiischen Verbänden und der alevitischen AABF. Letztere grenzt sich mitunter offensiv von den übrigen Verbänden ab und stellt sich der deutschen Gesellschaft als „liberale“ Alternative zu den als konservativ-orthodox dargestellten KRM-Verbänden dar.

Auch das Bundesinnenministerium kritisierte seit Beginn der DIK eine zu konservative Ausrichtung – eines Teils – der KRM-Verbände. Unbehagen bereitete staatlichen Vertretern vor allem die – indirekte – Beteiligung der IGMG, die seit Jahren durch den Verfassungsschutz beobachtet wird und in dessen Berichten wiederholt als verfassungsfeindlich, zuletzt als integrationsfeindlich eingestuft wurde. Polizeiliche Ermittlungen gegen die IGMG wegen mutmaßlichen Steuerbetrugs veranlassten Schäubles Nachfolger Thomas de Maizière 2010 schließlich, ihrem Dachverband, dem Islamrat, lediglich eine ruhende Mitgliedschaft in der DIK anzubieten. Der Islamrat lehnte einen solchen Status ab und erklärte seinen Ausstieg aus der Konferenz. Diesem Vorbild folgte der ZMD, der seine Abkehr von der DIK mit bisher fehlenden Ergebnissen und einer mangelnden Mitsprache der islamischen Verbände begründete. Insgesamt hat sich der Fokus des Gremiums – insbesondere unter dem aktuellen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich –

immer stärker auf Sicherheitsthemen und den Kampf gegen den Extremismus verlagert, während eine etwaige religionsverfassungsrechtliche Anerkennung der muslimischen Verbände in den Hintergrund gerückt ist.

Diese Entwicklungen spiegeln das weiterhin ambivalente Verhältnis zwischen muslimischen Dachverbänden und deutscher Aufnahmegesellschaft wider. Zwar werden die Verbände deutlich öfter als in der Vergangenheit als Ansprechpartner der Muslime in Deutschland kontaktiert. Gleichzeitig wird vor allem staatlicherseits weiterhin in Zweifel gezogen, ob die Verbände tatsächlich die Integration von Muslimen fördern (wollen) oder nicht doch stattdessen für ein Islamverständnis stehen, das muslimische Bürger von – wie auch immer definierten – „westlichen Werten“ zu entfremden droht. Der Status muslimischer Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure ist also weiterhin ein unsicherer – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Aussagen hoher politischer Repräsentanten, die grundsätzlich eine Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland infrage stellen. Inwieweit sie sich dennoch als legitime Akteure in der deutschen Zivilgesellschaft etablieren können, hängt nicht zuletzt auch von den Verbänden selbst ab. So liegt es an ihnen zu entscheiden, ob sie nach Rückschlägen in Rückzugstendenzen verfallen oder weiterhin den Dialog suchen und die Voraussetzungen für ihre Anerkennung schaffen: den Abbau von Abhängigkeiten im Ausland, die Professionalisierung ihrer Verbandsstrukturen und die Steigerung ihrer Transparenz in Bezug auf ihre interne Willensbildung.

MATTHIAS KORTMANN IST GASTWISSENSCHAFTLER AN DER UNIVERSITEIT VAN AMSTERDAM (UVA) UND STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES FORUMS OFFENE RELIGIONSPOLITIK E.V. (FOR) ■



Foto: Anne Hingst

Muslimische Strukturen im Stiftungswesen

Eine jahrtausendealte Tradition im Wandel der Zeit / Von Rupert Graf Strachwitz

Stiftungen gehören zu den ältesten kulturellen Zeugnissen der Menschheit. Sie finden sich in allen Kulturen, und dies schon seit Jahrtausenden. Stiftungen aus der frühen ägyptischen Hochkultur sind ebenso bekannt wie aus dem antiken Griechenland und Rom. Die Zeit des Hellenismus scheint in den kleinasiatischen Städten eine besondere Blütezeit des Stiftungswesens gewesen zu sein. Bis heute künden die von den Stiftern errichteten Bauten ebenso davon wie die Inschriften, die uns alles über sie sagen, was wir wissen wollen: Wer er oder sie war, wofür er oder sie gestiftet hatte, wo dies geschah, welchen Zweck die Stiftung hat und wie sie verwaltet werden sollte. Um diese reiche Stiftungswirklichkeit transkulturell zu erfassen, müssen wir allerdings von einer engen europäischen juristischen Begrifflichkeit Abschied nehmen. Stiftungen, so wird bei globaler Betrachtung deutlich, kommen in unterschiedlicher Ausprägung vor und sind ein universelles, kulturelles und soziales Phänomen mit bestimmten definitorischen Merkmalen. Zu diesen gehört die Bindung an den anfangs formulierten Stifterwillen und gehören die Impulse, die in der Regel zur Gründung führen: der Schenkungsimpuls, der Memorialimpuls und der Durchsetzungsimpuls. Hingegen ist die materielle Ausstattung, in den USA und auch in Deutschland oft als Kern der Stiftung gesehen, kulturell gesehen eher sekundär, die rechtliche Form sogar fast ohne Bedeutung.

Für Europa und den östlichen Mittelmeerraum wurde dennoch die Gesetzessammlung prägend, die im Jahr 534 n. Chr. von Kaiser Justinian zur Grundlage des Rechts gemacht wurde. Der Codex Justinianus, wie er genannt wurde, äußert sich detailliert zum Stiftungswesen und definiert insbesondere die *piae causae* als zentrale Ziele einer Stiftung. „*Piae Causae*“, wörtlich „fromme Zwecke“, wird als Ausdruck der ontologischen Gottesbeziehung des Menschen dem Stiftungshandeln zugrunde gelegt und umfasst eine breite Palette von Zielen, die der gläubige Mensch zur Erlangung des ewigen Heils verfolgen soll: neben der Verherrlichung Gottes besonders die Sorge um Menschen, die der Hilfe ihrer Mitmenschen bedürfen. Dieses Ziel des Stiftens wurde zum Wesensgehalt des christlichen ebenso wie des muslimischen Stiftungswesens, doch während sich in Europa etwa ab dem 18. Jahrhundert auch ein weltliches Stiftungswesen entwickelte, das Philanthropie auch ohne Gottesbezug zur Grundlage hatte, blieb im muslimischen Kulturkreis die religiöse Konnotation bis heute stärker erhalten. Jedenfalls lassen sich europäisches und muslimisches Stiftungswesen gleichermaßen auf die spätantike römische Tradition zurückführen. Dass auch jüdische Einflüsse (*heqdash*) diese gemeinsame Stiftungstradition beeinflusst haben, ist mehr als wahrscheinlich.

Dessen ungeachtet ist das islamische Stiftungswesen, das bis heute in der islamischen Kultur einen außerordentlich hohen Rang einnimmt, im Glauben der Muslime tief verwurzelt. Der Koran nennt bekanntlich zwei Formen der Wohltätigkeit, die *zakat*, die dem Muslimen zur Pflicht gemacht Almosensteuer, und *sadaqa*, die freiwillige Almosengabe. Beide gehören zum Kern des Islams, äußern sich in vielfachen Formen und reflektieren die von der modernen Anthropologie und Soziologie herausgearbeitete Grundkonstante des Schenkens als notwendigen Teil des Lebens ebenso wie den historisch analysierten Schenkungsimpuls als wesentlichen Auslöser des persönlichen Stiftens. Dieses allerdings findet nicht unmittelbar im Koran Erwähnung, sondern in mehreren *hadith*, Aussprüchen des Propheten Mohammed. Dennoch blieb das Stiften, das auch auf vorislamische arabische Traditionen zurückgreifen konnte, als Rechtsinstitut zunächst umstritten; erst mit der Systematisierung des islamischen Rechts, der *fiqh*, ab dem 9. Jahrhundert n. Chr., kann im engeren Sinn von islamischen Stiftungen bzw. einem islamischen Stiftungsrecht gesprochen werden. Die heute in allen Ländern islamischer Kulturtradition häufigen und in ihrer Gesamtheit für das religiöse und kulturelle Leben überaus bedeutenden *awqaf*, in Nordafrika auch als *hubs* bezeichnet, stehen in der Kontinuität dieser Entwicklung.

Es verwundert nicht, dass die Staatsmacht ebenso wie in Europa immer wieder versucht hat, Einfluss auf dieses Stiftungswesen zu gewinnen.



Foto: Anne Hingst

Eine vollständige Beseitigung, wie etwa in Frankreich im 18. Jahrhundert, ist jedoch trotz sehr ähnlicher und mit vergleichbaren Argumenten vorgetragener Kritik nur ansatzweise versucht worden, während andererseits, dem deutschen Modell nicht unähnlich, staatliche Stiftungsbehörden heute vielfach und zum Teil stärker als in Europa in das Leben der *awqaf* eingreifen. Eine weitere Ähnlichkeit ist den meisten Bürgern noch weniger präsent. Wir sprechen heute, wenn wir über Stiftungen sprechen, fast immer über das säkulare Stiftungswesen, zu dem in Deutschland 20.000 bis 30.000 Stiftungen gezählt werden. Dabei übersehen wir die wahrscheinlich rund 100.000, zum großen Teil sehr alten Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen. Beispielsweise hat fast jede Pfarrkirche in Deutschland eine Kirchenstiftung als rechtliche Eigentümerin. Damit sind die der Kirche zuzuordnenden Stiftungen bei weitem in der Überzahl. Dies ist im islamischen Stiftungswesen genauso, allerdings noch stärker ausgeprägt. Der *waqf* unterliegt dem ewigen Rechtsanspruch Gottes (*haqq Allah*) und ist dadurch theoretisch staatlichen Eingriffen und der Konfiskation des Vermögens entzogen. Diese Deutung Gottes als primärer Begünstigter entspricht dem europäischen Stiftungsverständnis des Mittelalters, das zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert zunehmend erodiert ist. Hier finden wir es in einer logisch und theologisch schlüssigen Form erhalten. Damit

hängt auch in beiden Kulturen die Bevorzugung von Immobilienvermögen zusammen, das dem Anspruch ewiger Dauer eher entspricht. Die Liste der möglichen konkreten Ziele ist lang und entspricht der Breite des Codex Justinianus. Der Stiftungsakt nach islamischem Recht beinhaltet die Widmung einer Sache für einen gottgefälligen Zweck (arabisch: *qurba*) durch einen Stifter (*waqif/muhabbis*), der in einer Urkunde (*waqfiya/rasm at-tabis*) alles Nähere festzulegen hat. Ob dadurch eine eigene Rechtsperson nach den allerdings erst im 18. Jahrhundert in Europa entwickelten Grundsätzen entsteht, ist strittig. Der *waqf* ist wohl am ehesten der spätantiken *de-facto*-Autonomie zuzurechnen, wie sie auch die *pia causa* besaß. Zwischen Stiftungen, die der Allgemeinheit (*wakf khairi*), und solchen, die der eigenen Familie (*wakf ahli*) dienen, wird zwar terminologisch unterschieden, gottgefällig sind beide gleichermaßen.

Wie in Europa war und ist das Stiftungswesen in Ländern des islamischen Kulturkreises ständiger Gegenstand der wissenschaftlichen und politischen Debatte. Darüber hinaus waren Gelehrte (*ulama*) in vielfacher Hinsicht in das Stiftungswesen involviert, als Stifter, als aufsichtführende Richter (*qadi*), Verwalter und vor allem als Nutznießer. Über Jahrhunderte stellten *awqaf* die religiöse und wissenschaftliche Infrastruktur sicher. Dabei differenzierte sich die Verwaltungspraxis, begünstigt durch

die Ambiguität islamischer Lehre, immer mehr aus. Erst die Kolonialherrschaft der Europäer versuchte sich an der Einführung eindeutiger Normen, die nicht selten ein Absterben der Stiftungstradition zur Folge hatte. Die politisch gewollte Reislamisierung der islamischen Mehrheitsgesellschaften hat auch eine Wiederbelebung des traditionellen Stiftungsgedankens zur Folge gehabt. Allerdings folgen die oft mit dem englischen Begriff *foundation* versehenen Neugründungen nicht notwendigerweise dem althergebrachten *Wakf*-Prinzip, sondern sind vielfach sogenannte *mu'assasa*, ein Begriff, der die wohltätige Funktion, nicht aber die rechtliche Stellung der Institution beschreibt und auch für vereinsähnliche Institutionen Verwendung findet. Wer sich freilich als Muslimin oder Muslim in der Diaspora, also etwa in Deutschland, aufgerufen fühlt, einen *wakf* zu gründen, dem bietet das moderne deutsche Konstrukt der Stiftung in seinen unterschiedlichen Ausformungen durchaus einen grundsätzlich akzeptablen Rahmen. Auch die Bezeichnung als *waqf* wäre dem Stifter nicht zu verwehren. Davon ist aber bisher, soweit erkennbar, noch nicht Gebrauch gemacht worden.

RUPERT GRAF STRACHWITZ LEITET DAS MAECENATA INSTITUT FÜR PHILANTHROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN UND BERÄT SEIT 25 JAHREN STIFTER UND STIFTUNGEN ■

Bundesfreiwilligendienst und Muslime

Erfahrungen und Entwicklungen / Von Jens Kreuter

Zum 1. Juli 2011 wurde der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt. Er übertrifft mit mittlerweile über 40.000 abgeschlossenen Verträgen alle Erwartungen und ist erfolgreich neben die bekannten und bewährten Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales bzw. Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ) getreten. Mit insgesamt über 85.000 Freiwilligen in den verschiedenen Formaten sind wir einer Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit so nahe wie nie zuvor. Freiwillige jeder Altersgruppe, jeder Herkunft und selbstverständlich jeder Glaubensrichtung übernehmen wichtige gesellschaftliche Verantwortung. Gebraucht zu werden, helfen zu können, die eigene Zeit sinnvoll einzusetzen: Freiwilliges Engagement eröffnet neue Horizonte und kann den Blick auf das Leben verändern.

Gesetzlich geregelt und zugleich flexibel: der neue BFD

Freiwilliges Engagement ist vielfältig motiviert; diese Motivation kann, muss aber nicht religiös begründet sein. Der Bundesfreiwilligendienst ist in seiner Ausgestaltung den Jugendfreiwilligendiensten sehr ähnlich und offen für alle, die sich eine Zeit lang intensiv für andere engagieren wollen. Ein Einsatz dauert in der Regel ein Jahr, aber mindestens sechs und höchstens 24 Monate, und wird als Vollzeitdienst geleistet, von über 27-Jährigen auch als Teilzeitdienst mit mehr als 20 Stunden wöchentlich. Die Freiwilligen werden grundsätzlich gesetzlich sozialversichert und können ein Taschengeld erhalten, welches eine Obergrenze von derzeit 336 Euro hat. Das Taschengeld und auch die möglichen übrigen Leistungen (Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung) werden zwischen den Freiwilligen und ihrer Einsatzstelle abgesprochen. Ein Unterschied zu FSJ/FÖJ, die als Jugendfreiwilligendienste jungen Menschen im Alter von bis zu 27 Jahren offen stehen, ist der BFD für alle Altersgruppen geöffnet.

Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen stellen eine wichtige Absicherung von freiwilligem Engagement dar, sind aber letztendlich wohl nicht der ausschlaggebende Grund für den großen Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes. Für viele Freiwillige stehen andere Gesichtspunkte im Vordergrund, zum Beispiel die Möglichkeiten, sich orientieren und neue Erfahrungen sammeln zu können. Dieser Wunsch vereint Freiwillige aller Hintergründe im neuen BFD.

Bisherige Erfahrungen

Der Bundesfreiwilligendienst ist nicht einmal ein Jahr alt, sodass es noch sehr früh ist, hier von „Erfahrungen“ zu sprechen. Zudem wird die Religion der Freiwilligen grundsätzlich nicht erfasst – allerdings zeigt ein Blick auf die Website www.bundesfreiwilligendienst.de eine Vielzahl von Porträts Freiwilliger, darunter auch Namen, die eine muslimische Religionszugehörigkeit zumindest vermuten lassen. Fakt ist, dass sich in seiner Durchführung nicht nur die bekannten großen christlichen Wohlfahrtsverbände und zugehörige Einsatzstellen engagieren, sondern auch zunehmend islamische Einrichtungen, und er ein neues Einsatzgebiet eröffnet, nämlich die Integration.

Raum für freiwilliges Engagement: islamisch geprägte Einsatzstellen

Islamisch geprägte Einsatzstellen hatten bereits im Zivildienst Tradition. Alle diese Einsatzstellen wurden nach der Aussetzung des Wehersatzdienstes per Gesetz automatisch zu Einsatzstellen des neuen Bundesfreiwilligendienstes; zwei islamische Einrichtungen wurden seitdem neu anerkannt, weitere befinden sich im Anerkennungsverfahren. Zwar ist die Zahl islamisch geprägter Einsatzstellen im Vergleich zur Gesamtzahl noch gering. Immer selbstverständlicher bieten aber neben den Einrichtungen christlicher Prägung auch solche mit islamischem Hintergrund dem freiwilligen Engagement Raum.

Freiwilliges Engagement hat integrative Wirkung

Ganz unabhängig vom Gesichtspunkt der Religionszugehörigkeit ist festzustellen, dass freiwilliges Engagement integrative Wirkung entfaltet. Freiwilligendienste bieten in ihrer Ausgestaltung als Lerndienste abseits der formalen schulischen

Bildung auch die Möglichkeit einer beruflichen Orientierung und zum Erwerb wichtiger Kompetenzen für Ausbildung und Beruf.

Im Bundesfreiwilligendienstgesetz ist der Bereich Integration sogar ausdrücklich als eigenständiges Einsatzfeld benannt, das in gleicher Weise auch in den Jugendfreiwilligendiensten weiterentwickelt werden soll. In diesem Einsatzfeld engagieren sich nicht nur Freiwillige, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, sondern auch viele Angehörige der sogenannten „deutschen Mehrheitsgesellschaft“. Freiwilliges Engagement wird so zum Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur. Studien haben ergeben, dass Migrantinnen und Migranten in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ/FÖJ bisher deutlich unterrepräsentiert sind, zum Bundesfreiwilligendienst liegen hierzu noch keine Zahlen vor. Das BMFSFJ (Bundesministe-

rium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) hat es sich zum Ziel gesetzt, für alle jungen Menschen gleiche Zugangschancen zum freiwilligen Engagement zu schaffen. Diese Zielsetzung gilt auch für den vorgesehenen weiteren Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und den neuen Bundesfreiwilligendienst.

Die ersten Erfahrungen mit dem Bundesfreiwilligendienst werden in einer gemeinsamen Evaluation mit den Jugendfreiwilligendiensten ausgewertet. Die Schwerpunkte der Studie, die im Herbst 2012 beginnen soll, werden dabei auf der Erfassung der individuellen und institutionellen Rahmenbedingungen, der Bildungswirkungen und einer Zielgruppenanalyse (insbesondere bezüglich der bislang wenig erreichten Zielgruppen) liegen. Auch die Integrationswirkungen freiwilligen Engagements werden hier eine wichtige Rolle spielen.

Zusammenwachsen durch Begegnung

Ein weiteres Zusammenwachsen unserer Gesellschaft ist gefordert. Freiwilliges Engagement, insbesondere die geregelten Freiwilligendienste, bieten mit ihrer Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten und ihrer Offenheit für alle Gesellschafts- und Altersgruppen ein großes Potenzial für dieses Zusammenwachsen. Muslimische Freiwillige und Einsatzstellen als Vorbilder und Motoren dieses Prozesses sind hier nicht nur willkommen – sie werden schlicht noch viel mehr gebraucht.

JENS KREUTER IST LEITER DES ARBEITSSTABS FREIWILLIGENDIENSTE IM BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND ■



Foto: Anne Hingst

Wie können Muslime unsere Gesellschaft mitgestalten?

Antworten aus der Lebensrealität / Von Michael Blume

So fragte Politik & Kultur und gab mir 7.000 Zeichen für eine Antwort. Doch diesmal brauchte ich mehrere Anläufe, in denen ich zunächst erfolglos versuchte, die Frage abstrakt zu beantworten. Um dann zu bemerken, dass sie nur konkret – aus dem Leben echter Menschen – beantwortet werden kann.

Das ist mein Schwiegervater, der als Jugendlicher angeworben wurde, über Jahrzehnte hinweg deutsche Qualitätsmöbel schreinerte und später als Selbständiger viele hundert Küchen in süddeutsche Wohnungen eingepflanzt und eingebaut hat. Er, der in der Türkei nur die Grundschule hatte besuchen können, hatte es sich über Jahrzehnte zur Angewohnheit gemacht, morgens früher aufzustehen, um zu beten – und um eine halbe Stunde Deutsch zu lernen. Auch meine Schwiegermutter kann nicht nur auf Jahrzehnte der Arbeit in deutschen Fabriken zurückblicken, sondern auch auf die Erziehung zweier in Deutschland geborener, inzwischen erwachsener Töchter. Eine von ihnen arbeitet heute für ein internationales Unternehmen in Istanbul. Die andere absolvierte nach ihrem Abitur an einem katholischen Gymnasium eine Bankausbildung und heiratete einen Christen (der diese Zeilen

schreibt). Ich denke aber auch an Freunde wie Murat aus Heidelberg, der über viele Jahre eine christlich-islamische Gesellschaft in der Region Stuttgart leitete und bei einem sternglitzernden Autokonzern im Management arbeitet. An Emel, die sich neben Beruf und Familie auch in der Kommunalpolitik und als Elternlotsin für Neuzuwanderer engagiert. An Hussein Hamdan, der nicht nur über Dialog promoviert, sondern ihn in einem Projekt der katholischen Akademie Hohenheim auch lebt und zudem einen hervorragenden, islamwissenschaftlichen Blog betreibt. Und ja, selbstverständlich tut er das in deutscher Sprache – mit all den schwäbischen Einsprengeln, die ein Studium in Tübingen so mit sich bringt.

Alle gerade erwähnten Muslime sind längst deutsche Staatsangehörige, die sich für unser gemeinsames Land engagieren, arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen, in Vereinen mitwirken, an Wahlen teilnehmen. Sie gestalten unsere gemeinsame Gesellschaft mit, indem sie längst ein Teil von ihr geworden sind und ihre auch religiöse Identität weder aufgegeben noch verabsolutiert haben. In Baden-Württemberg handelt es sich inzwischen sogar bei der Mehrheit der Muslime um deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes. Die rege nach-

gefragten Unterrichtsstunden in islamischem Religionsunterricht an unseren Schulen finden fast ausschließlich für kleine Deutsche statt, ausgerichtet von deutsch-islamischen Lehrenden nach deutschen Lehrplänen. Der Islam ist längst ein Teil unseres Landes geworden.

Nehmen wir Muslime zu oft über Defizite wahr?

Ich frage mich, warum es immer noch notwendig ist, darauf hinzuweisen, dass es diese Lebensrealitäten, diese abertausenden deutsch-islamischen Erfolgsgeschichten gibt. Warum sie als Ausnahmen gelten, obwohl gerade in Baden-Württemberg ein massiver Bildungs- und Berufsaufstieg der Deutschen mit Migrationshintergrund empirisch belegt ist. Hätten Deutsche nicht bemerkt, dass die erst Fremd- und später Gastarbeiter genannten Zuwanderer aus Südeuropa einschließlich der Türkei gebraucht wurden, so hätte es die Anwerbeabkommen nicht gegeben. Auch Muslime trugen und tragen zum Wirtschaftsaufschwung in unserer Industrie- und Wissensgesellschaft bei. Und als der Krieg auf dem Balkan endlich beendet werden

Fortsetzung von Seite 4

konnte, waren es hier in Baden-Württemberg nicht zuletzt Wirtschaftsverbände, die auf Bleiberechte für ehemalige Flüchtlinge drängten. Denn binnen weniger Jahre waren viele zu einem unverzichtbaren Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft geworden – als Regel, nicht als Ausnahme.

Sicher – um in wachsender Konkurrenz zu bestehen, meinen sich Medien oft auf das Auffallende konzentrieren zu müssen. Dramatische Problemfälle und medienerprobte Extremisten verzeichnen einen sehr viel höheren Nachrichtenwert als die große Mehrzahl der erfolgreich integrierten und friedfertigen Muslime – die überhaupt erst nach dem 11. September 2001 pauschal als »Muslime« wahrgenommen wurden, davor meist als „Türken“ und generell „Ausländer“ gegolten hatten. Doch gerade wegen der medial oft verzerrten Wahrnehmungen läge es an uns, an Menschen, die in Politik und Kultur Verantwortung tragen, die oft allzu einseitigen Wahrnehmungen offensiver zu überprüfen und zu korrigieren und genauer hinzuschauen.

Aufsteiger erschüttern rassistische Vorurteile

Ich denke an die Opfer der rechtsextremen NSU-Mordserie: Neben einer Polizistin waren gezielt neun Kleinunternehmer ermordet worden, acht türkischer und einer griechischer Herkunft. Die terroristische Gewalt richtete sich also gerade nicht gegen Menschen, die keinen Zugang zur Gesellschaft gesucht oder gefunden oder es sich müßig im Sozialstaat eingerichtet hatten. Der Hass galt vielmehr ausdrücklich jenen, die sich bereits selbständig auf den Weg gemacht hatten, einen Laden, Kiosk oder ein Restaurant eröffnet, Steuern gezahlt und Arbeitsplätze geschaffen hatten.

Fremdenfeinde prangern eben gerade keine Probleme an, um Lösungen zu suchen – sie wenden sich gegen ein neueres, weiteres und beginnend gleichberechtigtes Verständnis unserer Gesellschaft aus Menschen verschiedener



Foto: Anne Hingst

Herkunft, Religionen und Weltanschauungen. Der Nichtintegrierte ist dabei nur der Vorwand, der Ausgrenzung rechtfertigen soll – der eigentliche Hass gilt all denen, die durch ihr Beispiel den Rassismus Stück für Stück widerlegen. Genau diese vielen und ihr Alltag aber verdienen unsere Wahrnehmung und Anerkennung. Sobald wir Menschengruppen – Muslime, Juden, Sinti und Roma, Politiker, Künstler usw. – nur über verallgemeinerte Problemfälle wahrnehmen, gehen

wir den Gegnern einer freien und vielfältigen Gesellschaft auf den Leim.

Zukunft haben wir nur gemeinsam

Die Frage, wie Muslime unsere Gesellschaft positiv mitgestalten können, beantworten sie hunderttausendfach selbst – Tag für Tag. Wir müssen nur bereit sein, hinzuschauen, hinzuhö-

ren und pauschalen Vorurteilen entgegenzutreten – bisweilen auch bei uns selbst. Denn unsere Herkunft und Konfession, unsere Biografien und Erfahrungen mögen verschieden sein – unsere Zukunft haben wir nur gemeinsam.

MICHAEL BLUME LEITET DAS REFERAT FÜR KIRCHEN UND RELIGION, INTEGRATION UND WERTE IM STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG ■

Brachliegendes Engagementpotenzial

Zugangshemmnisse und -chancen für junge Muslime zu Freiwilligendiensten / Von Thomas Klie und Julia Schad

Freiwilliges Engagement trägt nicht nur zur Persönlichkeitsentwicklung und Kompetenzförderung einzelner Personen bei, sondern kann seine partizipations- und integrationsfördernden Wirkungen entfalten. Bei der öffentlichen Betrachtung von Engagementformen von Menschen mit Migrationsgeschichte stehen Aktivitäten von Migrantinnen und Migranten, besonders junge Muslime, an Freiwilligendiensten teilnehmen und wie entsprechend Zugangshemmnisse abgebaut und Teilnahmekanäle erhöht werden können.

Zunächst ist der thematische Kontext näher zu betrachten. Faktisch sind zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund in hohem Umfang gesellschaftlich engagiert und eingebunden. Gängige Untersuchungsinstrumente erfassen dies nicht immer auf Anhieb. Von vier Millionen Muslimen, die in Deutschland leben, sind zum Beispiel mehr als die Hälfte Mitglied in einem deutschen Verein (BAMF 2009). Zudem existieren laut einer aktuellen Erhebung des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI 2012) rund 2.350 islamische, einschließlich alevitische Gemeinden in Deutschland, von denen die Hälfte Aussagen über den Beitrag der Gemeinden zur gesellschaftlichen Integration und zu ihrer Bedeutung für das muslimische Leben in Deutschland treffen können. Es werden beispielsweise Orientierungshilfen für die deutsche Gesellschaft (etwa Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, Hausaufgabenhilfe) in ehrenamtlicher Form angeboten sowie deutsche Sprachkurse für Jugendliche. Im aktuellen Freiwilligensurvey (Gensicke/Geiss

2010) wird diese hohe öffentliche Aktivität von Menschen mit Migrationshintergrund, inklusive des hohen Bevölkerungsanteils der Muslime, allgemein bestätigt. Laut der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys zu Baden-Württemberg engagierten sich 30 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2009 (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011). Über öffentliche Aktivität hinaus scheint beim freiwilligen Engagement, das sich auch auf das Gemeinwesen bezieht, aber mit Leitungsfunktionen oder einem speziellen Verantwortungsbereich verbunden sein kann, bisher kein Anstieg bei Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen zu

sein. Dennoch liege, laut Survey, bundesweit wie auch in Baden-Württemberg die Bereitschaft, sich zu engagieren, bei Menschen mit Migrationshintergrund höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Dieses Ergebnis deutet auf das hohe Engagementpotenzial von Personen mit Zuwanderungsgeschichte hin, das angemessener Förderung und Angebote bedarf. Freiwilliges Engagement kann selbstorganisiert, in einer formalen Organisation oder in einem Verein stattfinden oder sich innerhalb eines Dienstes, wie dem Bundesfreiwilligendienst oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), entfalten. Warum profitieren Menschen mit Zuwanderungs-

geschichte jedoch erst in geringem Maße von Engagementangeboten „etablierter“ Institutionen im Freiwilligensektor und warum nehmen vergleichsweise wenige junge Muslime an Freiwilligendiensten teil? In Migrantinnenorganisationen und Moscheegemeinden scheint das Thema Freiwilligenförderung erst vereinzelt aufgekommen zu sein. Auf Seiten der „etablierten“ Organisationen im Freiwilligensektor scheinen sowohl fehlendes Problembewusstsein, gering entwickelte interkulturelle Öffnung sowie schlicht ein Mangel an Bereitschaft für die ausbaufähige Ansprache ver-

Weiter auf Seite 6



Foto: JUMA

Fortsetzung von Seite 5

Brachliegendes Potenzial

antwortlich zu sein. Migrantinnen und Migranten selbst sowie eigene Organisationen wissen häufig gar nicht genug von Engagementmöglichkeiten oder können Angebote aufgrund von Sprachbarrieren nicht wahrnehmen. Verschiedene Studien zur Teilnahme von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und – angesichts der Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, die von Türkeistämmigen geprägt ist – speziell zu türkischen Jugendlichen an Freiwilligendiensten, insbesondere dem FSJ, wurden bereits durchgeführt (u.a. Via/Caritas 2009, Keskin, in: Guggenberger 2000, S. 230ff). Während bei der Befragung von türkischen Jugendlichen im Jahr 2000 eine hohe Bereitschaft zur Teilnahme an einem FSJ sichtbar wurde, kamen die Studien insgesamt auf verschiedene Gründe für Zugangshemmnisse: Fehlende Kenntnisse über Angebote und speziell das FSJ, Skepsis gegenüber dem Konzept „Freiwilligendienste“, der Eindruck, dass Zeit verschwendet wird, die in Ausbildung oder

Berufstätigkeit investiert werden sollte, (antizipierte) negative Reaktionen auf Seiten der Familie und Freunde, negative Vorurteile seitens der Träger und Einsatzstellen, befürchtete Diskriminierung, die religiöse Ausrichtung mancher Träger und deren angenommene schwierige Vereinbarkeit mit dem eigenem Glauben. Empfohlen wird, dass neben fortschreitender interkultureller Öffnung die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert wird und die Vielfalt und Vorteile von Freiwilligendiensten stärker hervorgehoben und vermittelt werden sollten. Zudem wäre es hilfreich, stärkere Kooperationen mit Migrantinnenorganisationen und Moscheevereinen in diesem Bereich anzuschließen. Außerdem sollten Sensibilität und mehr Plätze in Freiwilligendiensten für Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus geschaffen werden (ebd.). Neuere Entwicklungen zeigen bereits, dass vermehrt Programme konzipiert werden, die die Vernetzung und gemeinsame Trägerschaft von Migrantinnenorganisationen und „etablierten“ Vereinen und Verbänden im Freiwilligensektor anstreben. Hier ist insbesondere das Projekt „Interkulturelle Freiwilligenagentur (IKFA) – ein Tandemprojekt mit der Türkischen Gemeinde in

Deutschland“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) zu nennen, bei dem momentan zwei interkulturelle Freiwilligenagenturen in Berlin und Frankfurt gemeinsam aufgebaut werden. Dass es auch bei MO verstärkt Interesse an Freiwilligendiensten gibt, wird im Projekt „Migrantinnenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“ deutlich. Als erste Organisation hat sich die Türkische Gemeinde in Deutschland als Träger für das „Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)“ etabliert (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik). Zwei weitere MO sind mittlerweile auch Träger des FSJ – die Vereine Südost Europa Kultur und Club Dialog. Seit kurzem wird auch das Konzept „Interkulturelle Freiwilligendienste“ in Baden-Württemberg verstärkt diskutiert, bei dem Kooperationsmöglichkeiten zwischen etablierten Trägern von Freiwilligendiensten unter anderem mit islamischen, jüdischen und ethnischen Verbandsvertretern ausgelotet werden sollen. Dazu wurde 2011 eine Veranstaltung in Baden-Württemberg durchgeführt, bei der eine gemeinsame Erklärung der Teilnehmer aus verschiedenen Migrantenverbänden und Religionsgemeinschaften unterzeichnet wurde,

die ihr Interesse an interkulturellen Freiwilligendiensten bekunden und die Landesregierung dabei um Unterstützung bitten (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011). Zudem wurde dieses Jahr in Fortsetzung des Freiwilligendienstes aller Generationen ein neuer Dienst etabliert, der sich speziell an ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund richtet: Mit dem Landesprogramm „Mittendrin“ fördert das Sozialministerium in Baden-Württemberg nun Projekte und Qualifizierungsmaßnahmen, die den Interessenlagen der Zielgruppe der Freiwilligen entsprechen.

Als Schlussfolgerungen sollten eine veränderte Wahrnehmung der schon jetzt vielfältigen Engagementformen von Menschen mit Migrationsgeschichte und eine Öffnung der Engagementförderstrategien in interkultureller Hinsicht beherzigt werden.

THOMAS KLIE IST LEITER DES ZENTRUMS FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (ZZE) IN FREIBURG/HAMBURG, JULIA SCHAD IST ALS WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES ZZE TÄTIG ■

Jung, muslimisch, aktiv

Das JUMA-Projekt in Berlin / Von Sawsan Chebli

Im Sommer des Jahres 2010 erscheint das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin. Monatelang erleben wir in Deutschland eine hochemotionale und in weiten Teilen unsachliche Debatte über die Integration von Muslimen und ihre Zugehörigkeit zu Deutschland. Studien werden veröffentlicht, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Religiosität und der Gewalt von jungen Muslimen konstatieren. Die These lautet: je religiöser, desto gewaltbereiter. Vermeintliche Islamexperten melden sich und meinen genau zu wissen, was junge Muslime denken, was ihre Motivation und ihr Antrieb ist und wie sie zu diesem Land stehen. Die Jugendlichen selbst kommen nur selten zu Wort.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin sah darin eine Gefahr für den friedlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das Risiko, so die Grundannahme, dass sich junge Menschen von der Gesellschaft abwenden, empfänglich sind für bestimmte Ideologien und sich radikalalisieren, steigt, je stärker sich junge Muslime aufgrund ihrer Religion ausgestoßen, ausgegrenzt und diskriminiert fühlen. Demnach musste ein Forum geschaffen werden, das den Dialog mit jungen Muslimen auf Augenhöhe und im Respekt füreinander gewährleistet. Aus diesen Überlegungen heraus entstand das JUMA-Projekt.

JUMA steht für jung-muslimisch-aktiv. JUMA bedeutet im Arabischen zudem „Gemeinschaft“. Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Erstens geht es darum, die Stimme muslimischer Jugendlicher hörbar zu machen, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre Meinungen und Positionen in der politischen und medialen Öffentlichkeit zu artikulieren. Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, junge Muslime dafür zu gewinnen, Verantwortung zu übernehmen und Gesellschaft mitzugestalten. Sie sollen als Multiplikatoren und Vorbilder aufgebaut werden und andere junge Menschen mit auf den Weg nehmen. Für die Umsetzung dieser Ziele arbeitet das Projekt eng mit muslimischen Gemeinden und Verbänden zusammen.

Träger des JUMA-Projekts ist die RAA (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie). In gemeinsamer Steuerungsverantwortung mit der Berliner Innenverwaltung wird das JUMA-Projekt umgesetzt. Der Schirmherr ist der Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel. Zielgruppe sind junge Muslime zwischen 15 und 25 Jahren. Die Auswahl der Jugendlichen erfolgt vor allem über Moscheevereine und islamische Jugendorganisationen. Bisher nahmen ca. 100 muslimische Jugendliche aus Berlin teil. Es sind Sunniten wie Schiiten dabei. Unter ihnen folgen einige einem streng orthodoxen Islam, andere orientieren sich eher sufisch-spirituell. Auch ethnisch spiegelt JUMA eine große Vielfalt wider. Es sind 14 verschiedene Ursprungsländer vertreten. Trotz dieser Vielfalt haben alle JUMAs ein Ziel: Als junge Muslime Gesellschaft mitgestalten. Eine Teilnehmerin hat dies mit einem Satz auf den Punkt gebracht: „JUMA ist vielfältig und doch eins“.

JUMA setzt auf Empowerment und Ownership. Die Jugendlichen bestimmen das Programm. So haben sich die JUMAs im Rahmen einer Open-Space-Veranstaltung im März 2011 sechs



Foto: Anne Hingst

Themen ausgewählt, die künftig den Kern ihres Engagements bilden sollten: Medien, Chancengleichheit, Partizipation, Identität, muslimische Vielfalt, politischer Umgang mit dem Islam. Im Mai 2011 wurde der Teilnehmerkreis durch Jugendliche anderer Konfessionen erweitert. So ist die Themengruppe JUMA entstanden. JUMA steht für jung-gläubig-aktiv und soll den interreligiösen Dialog im JUMA-Projekt fördern.

Die Aktivitäten des Projekts erfolgen in drei Bereichen: erstens Diskussionsrunden mit Entscheidungsträgern aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur, zweitens Aktionen und drittens Fortbildungen. Im ersten Projektjahr wurden mehr als 60 Veranstaltungen durchgeführt. Diese reichten von großen Podiumsveranstaltungen im Berliner Abgeordnetenhaus bis zu kleineren Gesprächsrunden im Deutschen Bundestag, in Stiftungen, Moscheen und Kirchen.

In diesen sieben Themengruppen treffen sich die Jugendlichen mindestens zweimal im Monat, um Inhalte zu vertiefen und Positionen zu entwickeln, über die sie dann mit ihren Gesprächspartnern diskutieren. Zu diesen zählen unter anderem der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer und die Islamwissenschaftlerin, Professorin Dr. Gudrun Krämer. Die JUMAs treffen aber auch Akteure, die islamkritisch sind. Das Gespräch mit dem Autor und Islamkritiker Hamed Abdel

Samad wurde von allen Beteiligten als wichtige Erfahrung und Bereicherung empfunden.

Damit die JUMAs ihre Vorstellungen, Ziele und Ideen auch in die Tat umsetzen können, unterstützt das Projekt die Planung und Umsetzung von Aktionen und Kampagnen. Anlässlich des 10. Jahrestages der Terroranschläge vom 11. September hat die interreligiöse JUMA Gruppe unter dem Motto NEINI ELEVEN den Song „Sweet Coexistence“ entwickelt. Zum Song haben die Jugendlichen ein Video gedreht und einen vier Meter hohen „Common Future Turm“ gebaut, bestehend aus 200 von Kindern und Jugendlichen mit ihren Wünschen und Hoffnungen für eine friedliche Zukunft bemalten und beschrifteten Kisten. Der Turm wurde im Jüdischen Museum Berlin ausgestellt. Im Rahmen der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 haben die JUMAs eine Kampagne gestartet, um für eine größere Wahlbeteiligung unter Muslimen zu werben. Es wurden Wahlprüfsteine veröffentlicht, ein Wahlauftrag von 50 Berliner Imamen und Moscheevorständen organisiert und die Freitagspredigt vor dem Wahlsonntag genutzt, um für den Urnengang zu werben.

Im diesem Jahr wird JUMA eine Aktion zum Einfluss islamischer Kulturen auf europäische Zivilisationen Europas durchführen. Diese Kampagne dient dazu, das Selbstbewusstsein junger Muslime zu stärken und Inklusion zu fördern. Gleichzeitig sollen auch Beiträge und

Mitwirkungen anderer Kulturen zu muslimischen Errungenschaften verdeutlicht werden. Kooperationspartner sind das Museum für Islamische Kunst und das Deutsche Historische Museum.

Diese Kampagne ist eingebettet in die Zielsetzung von JUMA für die nächsten Wochen und Monate. Durch gezielte Ansprachen sollen künftig vor allem junge Menschen, die auf der Suche sind nach Identität und gesellschaftlich vor allem durch Bildungsdefizite abgehängt sind, gestärkt und der Versuch unternommen werden, ihnen eine Heimat zu vermitteln. Die JUMAs können hier als Vorbilder fungieren. Eine Teilnehmerin von JUMA hat es so formuliert: „Mein Beitrag für JUMA ist genau der Beitrag, den ich für Deutschland, meine Heimat, sehe. Ich fühle mich verpflichtet, als Bürgerin mit anzupacken und zu helfen, wo es auch nur geht. Mit JUMA kann ich nicht nur mein eigenes Wissen erweitern, sondern ich helfe auch den Generationen muslimischer Jugendlicher nach uns, sich der Gesellschaft zugehörig zu fühlen und ihnen zu zeigen, dass dies im Einklang mit der Religion und Herkunft möglich – sogar perfekt – ist.“ Diese Worte machen deutlich, dass JUMA kein Projekt ist, sondern eine Vision.

SAWSAN CHEBLI IST GRUNDSATZREFERENTIN FÜR INTERKULTURELLE ANGELEGENHEITEN IN DER SENATSVERWALTUNG FÜR INNERES UND SPORT IN BERLIN ■

Zivilgesellschaft von morgen

Vorstellung eines Modellprojekts / Von Christoph Müller-Hofstede

Ziele und Herausforderungen

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft steht heute vor einer großen Aufgabe: An vielen Schulen wächst eine neue Generation von Kindern aus Einwandererfamilien heran – oft aus sogenannten bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien in Stadtvierteln mit sogenannten Brennpunktschulen. Das in den Jahrzehnten entwickelte klassische Instrumentarium schulischer und außerschulischer politischer Bildung erreicht diese Zielgruppe praktisch nicht.

Hinzu kommen Rollen- und Identitätskonflikte zwischen der Heimat der Eltern und Großeltern und der „deutschen“ Umgebung, gefühlte und tatsächliche Abwertungen und Diskriminierungen im „Alltag“, die zu fatalen Selbstabgrenzungen und Segregationen führen. Kurz: Im deutschen Bildungssystem hat sich eine deutlich wahrnehmbare ‚Unterschicht‘ herausgebildet, die mit ihren Problemen allzu oft alleingelassen wird. Viele derjenigen, die ohne ausreichende Qualifikation für eine berufliche Ausbildung die Schule verlassen (fast ein Fünftel eines Jahrgangs), kommen aus Familien mit Einwanderungserfahrungen. Dies wird zunehmend als politisches Problem empfunden. „Waren es in den 1960er Jahren (...) die ‚katholischen Arbeitermädchen vom Lande‘, so erscheinen heute die ‚Unterschichtjungen mit Migrationshintergrund aus den Ballungszentren‘ als die bildungsmäßig am stärksten benachteiligte Gruppe“, schreibt der Soziologe Heinz Bude in seinem viel beachteten Buch „Bildungspanik“. Zu recht hält Bude fest, dass die Einflüsse von Geschlecht und Region für die Bildung keine Rolle mehr spielen. Dafür sei jetzt die Bedeutung von Stadtquartier, Migrationsgeschichte und Bildungshintergrund in den Vordergrund getreten.

Der Handlungs- und Interventionsbedarf für das deutsche Bildungssystem ist somit bekannt und unübersehbar: Demographische und wirtschaftliche Aspekte (Ausschöpfung des Fachkräftepotentials) bilden mit soziokulturellen (Islam) und integrationspolitischen Aspekten eine multidimensionale Problemlandschaft mit einer kaum überschaubaren Zahl von Akteuren und „Diskursen“. Auch für die politische Bildung stellen sich hier neue Aufgaben, denn die unzureichende Inklusion und Benachteiligung dieser jungen Menschen ist demokratietheoretisch nicht akzeptabel und widerspricht dem Prinzip der Chancengleichheit. Dem stehen Strukturen und Herangehensweisen der deutschen Bildungsverwaltung gegenüber, die sich nur langsam und angesichts der föderalen Struktur der Bildungsverwaltung auch praktisch nicht „top down“ verändern lassen.

Das Modellprojekt „Dialog macht Schule“ sucht nach neuen Wegen und Formaten, um diese direkt in den Schulen zu erreichen, um ihnen eine Stimme – und damit Chancen der politischen Teilhabe – zu geben.

Was ist „Dialog macht Schule“?

Das Modellprojekt „Dialog macht Schule“ arbeitet an ausgewählten Schulen in Berlin-Neukölln und Stuttgart seit 2009 und (über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren laufende) „Dialoggruppen“. Zurzeit gibt es 20 Gruppen mit fast 300 Schülerinnen und Schülern – vornehmlich aus Einwandererfamilien. Die Gruppen treffen sich wöchentlich, entweder im Rahmen freiwilliger AGs oder als Teil des Politik- oder Ethikunterrichts – wo und wann die Gruppen arbeiten, wird genau mit der Schulleitung und den Fachlehrern abgesprochen. „Dialog macht Schule“ begleitet die Jugendlichen kontinuierlich über einen Zeitraum von ein bis maximal drei Jahren.

Die Rolle der Dialogmoderatoren

„Dialog macht Schule“ beschäftigt ein gemischtes Team aus 17 jungen Dialogmoderatoren zwischen 20 und 35 Jahren. Fast alle kommen aus Einwandererfamilien; die „Migrationshintergründe“ sind so bunt und vielfältig wie die der Schülerschaft an sogenannten Brennpunktschulen: Albanien, Griechenland, Vietnam, Türkei, Iran, Ungarn, Libanon sind die Herkunftsländer der Moderatoren. Unter ihnen sind angehende Politologen, Lehramtskandidaten, Psychologen, Kommunikationswissenschaftler und Sozialpädagogen. Die Moderatoren haben pädagogische Vorkenntnisse



Foto: Anne Hingst

und Kompetenzen für die Gruppenarbeit mit Schülern. Da sie in der Regel aus Einwandererfamilien kommen, und sich mit Ausgrenzungen und Problemen in der eigenen Schulzeit herumgeschlagen haben, sind sie nah dran an den Lebenswelten der Schüler. Durch intensive Fortbildung und regelmäßige Auswertungswshops werden sie auf ihre Aufgabe vorbereitet.

Wie arbeitet „Dialog macht Schule“?

Kern der Methodik ist eine dialogische Herangehensweise, die den Schülerinnen und Schülern Raum für eigene Themen und Inhalte lässt sowie eine persönliche und – soweit mit der Schule verhandelbar – nicht durch schulische Zwänge bestimmte Beziehung zu den Dialogmoderatoren ermöglicht. Dabei wissen die Dialogmoderatoren, wie wichtig es ist, eine Vertrauensbasis zu schaffen, denn nur so lassen sich echte „Dialoge“ auch über schwierige Themen wie Identität, Religion, Mobbing, den Nahostkonflikt und vieles andere mehr in Gang setzen.

Vertrauen aufbauen

Siamak Ahmadi und Hassan Asfour, Dialogmoderatoren aus Berlin: „Uns geht es nicht nur darum, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, sondern darum, wie wir mit ihnen ins Gespräch kommen. Dazu gehört in erster Linie eine offene, erkundende und flexible Haltung, die idealerweise zum Gespräch einlädt. Diese Haltung erweckt Vertrauen, da sie eine Atmosphäre der Akzeptanz schafft. Die Schülerinnen und Schüler spüren dadurch, dass es um sie selbst

geht und dass ihre Interessen ernst genommen werden. Vertrauen gewinnen wir auch durch die Ebene des Humors. Die Tatsache, dass wir ihren Humor verstehen, (...) weil wir ihren (sozialen) Code verstehen, führt dazu, dass sie uns als „coole“ Gesprächspartner und Vorbilder sehen, die ihnen zuhören und denen sie gerne zuhören.“ Kurz: Die Dialogmoderatoren schaffen für die Schüler und die Moderatoren eine neue Umgebung, in der sie sich anders wahrnehmen können, sie lernen sich gegenseitig besser kennen, sie kommen oft zu Wort, sie können ihre Meinung frei äußern und lernen in den wöchentlichen Treffen vieles ganz praktisch, was sonst recht abstrakt klingt: Perspektivenwechsel, Argumentationsfähigkeit, Teamfähigkeit, kritisches Denken und schließlich auch Selbstwirksamkeit.

Politische Aktionen ermöglichen

Die Oberstufen-AG „Radikaler Respekt“ an der Otto Hahn Oberschule in Berlin Neukölln hat es ausprobiert: Aus einem Gespräch über das „Beteten“ wurde ein „Projekttag“, an den die Schule noch heute zurückdenkt. Anlass war ein Gespräch in der Dialoggruppe, in der es um das Beteten in der Schule ging. Sollen Gebetsräume an den Schulen – insbesondere für gläubige muslimische Schüler – eingerichtet werden? Und ganz unabhängig davon: Wie reagieren eigentlich unsere Lehrer auf das Thema „Islam“? Warum äußern sie nur Desinteresse und Ablehnung, sehen Mädchen mit Kopftuch als Problem? Gibt es aber auf der anderen Seite auch Schüler, die die „Karte Islam“ nutzen, um sich abzugrenzen oder gar auch nicht-religiöse Schüler unter Druck zu setzen? Aus diesen Gesprächen mit ihren unterschied-

lichen Perspektiven entstand ein „Projekttag“, der von den Schülern mit den Dialogmoderatoren organisiert wurde. Motto „Schüler machen Schule“. Die Dialoggruppe stellte Moderatoren und gab Schülern wie Lehrern in Arbeitsgruppe und im Plenum Möglichkeiten, sich über die ganze Bandbreite schulischer Kommunikation auszutauschen. Die Schulleitung unterstützte den Projekttag, nicht zuletzt, weil sie die vielen unausgesprochenen Konflikte und Ängste zum Thema „Islam“ seit langem als Problem empfand. Aus dem Projekttag sind viele weitere Initiativen entstanden, in diesem Jahr arbeiten Schüler der 8. Klasse gemeinsam mit ihren Dialogmoderatoren am Thema „Rassismus und Ausgrenzung“; im Herbst soll die Otto Hahn Schule offiziell zur „Schule ohne Rassismus“ werden. Cemal, einer der Schüler, die den Projekttag moderierten, ist inzwischen selbst Dialogmoderator und sieht sich als Vorbild für seine jüngeren Mitschüler.

Strahlkraft

Die Robert Bosch Stiftung und die Bundeszentrale für politische Bildung wollen in den nächsten Jahren Dialoggruppen an weiteren Schulen verankern. Mit möglichst vielen staatlichen und privaten Partnern soll ein bundesweites Netzwerk aufgebaut werden – für die „Zivilgesellschaft von morgen“.

Mehr Informationen und Videoclips: <http://werkstatt.bpb.de/dialogmachtschule/>

CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDER IST WISSENSCHAFTLICHER REFERENT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG ■

Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands ist überfällig

Gabriele Schulz im Gespräch mit Aiman Mazyek

Politik & Kultur: Wenn man die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände betrachtet, gibt es derzeit die weltlichen Verbände Arbeiterwohlfahrt, Der Paritätische Gesamtverband, das Deutsche Rote Kreuz sowie die religiös geprägten Verbände Caritasverband, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Sehen Sie den Bedarf nach einem muslimischen Wohlfahrtsverband?

Aiman Mazyek: Ich sehe dringenden Bedarf und habe dieses in der Vergangenheit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht. Es gibt allerdings eine Reihe von Hindernissen, die aus dem Weg geräumt werden müssten.

Politik & Kultur: Sehen Sie den Bedarf, das

gesamte Spektrum abzudecken von Kindergärten bis hin zu Altenheimen?

Aiman Mazyek: Ich denke, dass ein muslimischer Wohlfahrtsverband den Anspruch haben muss, das gesamte Spektrum der Freien Wohlfahrtspflege abzudecken, also die Jugendhilfe, den Unterhalt von Kindergärten, Altersheimen, Beratungsangebote usw. Ich erhoffe mir dadurch eine Stabilisierung und Verbesserung der ohnehin stattfindenden Arbeit in den muslimischen Gemeinden. Hier findet vieles auf rein ehrenamtlicher Basis statt. Eine Professionalisierung der muslimischen Arbeit in den genannten Feldern würde den Muslimen, aber auch der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen.

Politik & Kultur: Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände, Caritas und Diakonie, haben eine Verbindung zu der jeweiligen Kirche. Wie könnte

eine Zusammenarbeit eines muslimischen Wohlfahrtsverbands mit den verschiedenen muslimischen Verbänden aussehen?

Aiman Mazyek: Zunächst bitte ich zu berücksichtigen, dass weder die katholische noch gar die evangelische Kirche ein monolithischer Block sind. Im Gegenteil, gerade in der evangelischen Kirche gibt es sehr verschiedene Glaubensrichtungen und -auslegungen. Diese waren kein Hindernis zur Etablierung eines evangelischen Wohlfahrtsverbands. Spannender ist es doch, zu sehen, wie es gelungen ist, zu einem gemeinsamen Auftreten zu kommen. Hier können die muslimischen Verbände sich vielleicht etwas abgucken. Mit den vier Dachverbänden DITIB, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland,

Fortsetzung von Seite 7

Muslimischer Wohlfahrtsverband

Verband Islamischer Kulturzentren, Zentralrat der Muslime und als gemeinsamem Dach, dem Koordinierungsrat der Muslime, gibt es eigentlich einen gemeinsamen Ansprechpartner. Ich denke, wenn es gewünscht wird, gibt es sowohl auf der Bundes- als auch der Landesebene die entsprechenden Ansprechpartner. Sie müssen nur ernst genommen und ihre Kompetenz genutzt werden. Wenn die Muslime gebeten werden, einen Ansprechpartner zu benennen, könnte dieses auch erfolgen. Es ist doch eher die Frage, ob dieses auch gewünscht wird oder ob die vermeintliche Zersplitterung der muslimischen Zivilgesellschaft nicht auch ein wohlfeiles Argument ist, um zu verhindern, dass sie beispielsweise in Rundfunkräten vertreten sind oder einen muslimischen Wohlfahrtsverband gründen.

Politik & Kultur: Sie sprachen eingangs von den Hindernissen, die der Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands entgegenstehen. Können Sie diese näher beschreiben?

Aiman Mazyek: Zum einen wird staatlicherseits, aber auch von Seiten der bestehenden Wohlfahrtsverbände oftmals auf die angebliche

Zersplitterung der muslimischen Zivilgesellschaft hingewiesen und diese als Hemmschuh für die Entwicklung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands dargestellt. Dass dieses letztlich ein vorgeschobenes Argument ist, habe ich schon ausgeführt. Zum anderen sollte die Konkurrenz der Wohlfahrtsverbände untereinander nicht unterschätzt werden. Ein muslimischer Wohlfahrtsverband als weiterer Mitspieler wird offenkundig von manchen nicht als sinnvolle Ergänzung, sondern als Gefahr angesehen. Zum Dritten engagieren sich einige der bestehenden Wohlfahrtsverbände im Bereich der Arbeit mit Migranten oder auch mit muslimischen Gemeinden auf lokaler Ebene und erweitern damit ihr Angebotsspektrum. Hieraus entsteht eine Konkurrenzsituation, die sich als Bremse für die Entwicklung eines eigenständigen muslimischen Wohlfahrtsverbands erweist.

Politik & Kultur: Die Wohlfahrtsverbände stehen traditionell auf zwei Beinen, dem ehrenamtlichen Engagement und der hauptamtlichen Arbeit. Erwarten Sie durch die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Muslimen in Deutschland? Oder liegt der besondere Mehrwert aus ihrer Sicht in der Stärkung der hauptamtlichen Arbeit?

Aiman Mazyek: Das bürgerschaftliche Engagement ist ein, wenn nicht der wesentliche Bestandteil der Arbeit in den muslimischen Gemeinden. Ich stelle allerdings immer wieder fest, dass nur wenig Wertschätzung gegenüber diesem Engagement in den Gemeinden gibt und es an Anerkennung fehlt, obwohl hier tagtäglich bürgerschaftliches Engagement stattfindet. Angefangen von der Praktizierung der fünf Pflichten des Islam bis hin zu einer Vielzahl von Angeboten für verschiedene Zielgruppen, wie z.B. Sprachunterricht, Nachhilfe und Jugend-, Frauen- und Erwachsenenbildung. Wenn es allerdings um Angebote geht, die staatlicherseits unterstützt werden, besteht vielfach das Problem, dass ein entsprechender Wohlfahrtsverband als Träger fehlt. Das führt letztlich dazu, dass mit anderen Organisationen und nicht mit den Muslimen selbst zusammengearbeitet wird. Letztlich wird sich ein muslimischer Wohlfahrtsverband auch in seinen Standbeinen, der Verschränkung



Foto: JUMA

und gegenseitigen Bedingung von haupt- und ehrenamtlicher Arbeit nicht viel von den anderen Wohlfahrtsverbänden unterscheiden.

Politik & Kultur: Eine hauptamtliche Struktur ist aber vonnöten, um an staatlichen Förderprogrammen beispielsweise partizipieren zu können?

Aiman Mazyek: Das ist so und ich spüre leider auch nur wenig Interesse an einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit Muslimen. Es bestehen nach wie vor Vorbehalte.

Politik & Kultur: Würden Sie sich sowohl vom Staat als auch von den bestehenden Wohlfahrtsverbänden einen Anschlag wünschen, um einen muslimischen Wohlfahrtsverband auf den Weg zu bringen?

Aiman Mazyek: In jedem Fall. Es gibt bereits Strukturen, die aufgrund ihrer rein ehrenamtlichen Struktur und privaten Finanzierung aber an ihre Grenzen stoßen. Von diesen Strukturen eine Professionalität zu verlangen, die den bestehenden professionellen Verbänden vergleichbar ist, ist eine Überforderung, die nicht erfüllt werden kann. Weil die bestehenden Verbände im föderativen und föderalen System der Bundesrepublik voll verankert sind und die Muslime eben noch nichts Vergleichbares haben.

AIMAN MAZYEK IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME, GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. arbeiten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammen. Ihr gemeinsames Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit durch gemeinschaftliche Initiativen und sozialpolitische Aktivitäten. Die Spitzenverbände selbst sind föderalistisch strukturiert, das heißt ihre Gliederungen auf kommunaler und Landesebene sowie ihre Mitgliedsorganisationen sind überwiegend rechtlich selbstständig. Mitglieder sind derzeit: Arbeiterwohlfahrt, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rote Kreuz, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung. Bis 2013 sind noch zwei weitere Ausgaben der Beilage geplant.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden. Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen gewonnen werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2011 von Politik & Kultur (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt
- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 3/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern.
- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 5/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), „Der Bruch des 11. September 2001 als Chance für einen kulturellen Aufbruch“: die inhaltlichen Schwerpunkte des Dossiers fokussieren die Themen „9/11: Philosophische und religiöse Einschätzungen“,

„Politischer Umgang mit 9/11“, „9/11 als Medienereignis“ und „Kulturelle Aufarbeitung der Anschläge“.

· Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) widmete sich Fragen der Lebenswelten muslimischer Jugendliche in Deutschland.

Geplant sind zwei weitere Ausgaben unter anderem zu den Themen: Türkei und Islam in Europa. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion zu dem Themenkomplex Islam · Kultur · Politik. Schreiben Sie uns unter: post@kulturrat.de. Die bisher erschienenen Hefte können unter www.kulturrat.de/islam abgerufen werden.

OLAF ZIMMERMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR. OLAF HAHN, DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu
Politik & Kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Stefanie Ernst,
Olaf Hahn

Redaktionsassistenten:
Carolin Ries, Tatjana Gridnev

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren auffindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von Politik & Kultur nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.



Inhaltsverzeichnis

- 1 Muslimische Zivilgesellschaft – gibt es sie eigentlich?
VON OLAF ZIMMERMANN
- 2 Mühsames Ringen um Anerkennung. Muslimische Dachverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland
VON MATTHIAS KORTMANN
- 3 Muslimische Strukturen im Stiftungswesen. Eine jahrtausendealte Tradition im Wandel der Zeit
VON RUPERT GRAF STRACHWITZ
- 4 Bundesfreiwilligendienst und Muslime. Erfahrungen und Entwicklungen
VON JENS KREUTER
- 4 Wie können Muslime unsere Gesellschaft mitgestalten?
Antworten aus der Lebensrealität
VON MICHAEL BLUME
- 5 Brachliegendes Engagementpotenzial. Zugangshemmnisse und -chancen für junge Muslime zu Freiwilligendiensten
VON THOMAS KLIE UND JULIA SCHAD
- 6 Jung, muslimisch, aktiv. Das Juma-Projekt in Berlin
VON SAWSAN CHEBLI
- 7 Zivilgesellschaft von morgen. Vorstellung eines Modellprojekts
VON CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDE
- 7 Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands ist überfällig
GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT AIMAN MAZYEK